

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mtk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mtk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mtk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Hack, beide in Wildbad.

Nummer 80

Wildbad, Freitag, den 9. April 1920.

54. Jahrgang.

## Die französische Note.

Millerand schiebt der Reichsregierung die Schuld zu; der Kriegsfall sei gegeben.

Paris, 8. April. (Havas.) Ministerpräsident Millerand überreichte dem deutschen Geschäftsträger Mayer folgende Note: Von der Besetzung von Frankfurt, Darmstadt usw. hat die französische Regierung hinsichtlich ihrer Alliierten benachrichtigt und ihre Meinungen eingeholt. Seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags hat sie zu wiederholten Malen den Willen bekundet, mit ihren Alliierten ein enges Einvernehmen aufrecht zu erhalten, indem sie manchmal ihren Standpunkt demjenigen ihrer Alliierten unterordnete. Sie war an dem Tage gezwungen, zu handeln, an dem sie sich nicht nur einer Verletzung der allgemeinen Bestimmungen des Vertrags gegenübergestellt sah, die alle Alliierten angeht und die für sie durch die dadurch hervorgerufene Lage besonders fühlbar ist, sondern an dem auch das Wort gebrochen wurde, daß ihr die deutsche Regierung in den von ihr eingegangenen Verpflichtungen gegeben hatte.

Am 26. März erklärte der französische Ministerpräsident in der Deputiertenkammer, es sei zu hoffen, daß die für den Beginn der dringenden Wiederherstellungsarbeiten notwendigen Beschlüsse nicht lange auf sich warten ließen. Am 29. März erklärte Herr Göppert der französischen Regierung, seine Regierung habe die Möglichkeit der Entsendung von Entsatztruppen in das Ruhrgebiet ohne vorherige Ermächtigung durch die französische Regierung keinesfalls in Aussicht genommen. Am 2. April bestätigte Herr Millerand dem deutschen Geschäftsträger in Paris die Erklärung, die er ihm am 28. März übergeben hatte, die französische Regierung könne die Ermächtigung nur geben, wenn die französischen Truppen ermächtigt würden, gleichzeitig die Städte Frankfurt, Darmstadt usw. zu besetzen. Am 3. April abends gab Herr Göppert zu, daß Reichswehrtruppen, die die durch Beschluß vom 9. August 1919 festgesetzte Höchstgrenze überschritten, in das Ruhrgebiet eingedrungen seien, und verlangte gleichzeitig im Namen der deutschen Regierung, daß die zu diesem Zweck notwendige formelle Genehmigung nachträglich der deutschen Regierung gegeben werde. Am gleichen Tag teilte Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt v. Daniel in Berlin dem Stellvertreter des Generals Nollet, dem General Verthelemy, mit, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar Severing volle Handlungsfreiheit über die im Ruhrgebiet konzentrierten Truppen gegeben und nehme die Verantwortung für deren Tätigkeit in der neutralen Zone auf sich.

Die französische Regierung setzte unverzüglich ihre Verbündeten von dieser Nachricht in Kenntnis. Indem die französische Regierung ihren Verbündeten anzeigte, daß die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen den Artikel 44 des Friedensvertrags verletze, dessen Verletzung einen casus belli (Kriegsgrund) bedeutet, sprach sie die Hoffnung aus, daß die anderen Regierungen gleich wie sie die Notwendigkeit eines unverzüglichen Einschreitens erkennen und der französischen Regierung wirksame Mithilfe leisten werden in der Ausführung militärischer Maßnahmen, die jetzt weder umgangen, noch aufgeschoben werden können.

Es war dies übrigens nicht das erste Mal, daß die französische Regierung ihren Verbündeten diese Notwendigkeit berlegte. Am 25. 3. hatte Frankreich auf der Londoner Konferenz den Vorschlag gemacht, Frankfurt und Darmstadt zu besetzen. Die Konferenz bräute aber am 25. 3. ihre Ansicht dahin aus, daß der Zeitpunkt unpassend sei.

Die deutsche Regierung wandte sich an die französische Regierung, um die Bewilligung zum Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet zu erhalten. Die französische Regierung hatte keinen Grund, sich zur Verletzung des Vertrags herzugeben, da alle ihre Verbindungen mit denen der Alliierten übereinstimmten und alle Alliierten einmütig die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als unendlich und gefährlich betrachteten. Andererseits wiesen einzelne Vorkommnisse

darauf hin, daß die Anregung zu dieser Operation der deutschen Militärpartei zugeschrieben werden müsse. Es ist die Militärpartei von Kapp, die sie ergriffen hatte, und es ist die Militärpartei, die trotz der starken Einwände, die selbst im Schoße der deutschen Regierung gegen die vorgegebene Intervention erhoben wurden, darauf beharrte, daß es unmöglich sei, ohne Erhöhung der Kräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen.

Frankreich sah sich somit einer Maßnahme gegenüber, die nach übereinstimmender Ansicht der Verbündeten nicht ohne vorhergehende Ermächtigung zur Ausführung gelangen durfte, die ferner keineswegs durch die Umstände gerechtfertigt war und für die deutsche Regierung Frankreich gegenüber die formelle Verpflichtung eingegangen war, sie nicht ohne Ermächtigung auszuführen. Diese Maßnahme war durch den Umstand besonders schwer anzunehmen, daß die Verbündeten trotz ihrer beständigen Bemühungen die Ausführung der Klauseln bezüglich der Abrüstung Deutschlands noch nicht erreichen konnten. Die französische Regierung handelte somit gleichzeitig im allgemeinen und im Interesse Frankreichs.

Es ist übrigens nicht notwendig, in Erinnerung zu rufen, daß sie entschlossen ist, die besetzten Städte von ihren Truppen zu befreien, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig verlassen haben. Die Haltung der französischen Regierung ist durch das Vorgehen der deutschen Regierung gerechtfertigt. Die französische Regierung wird übrigens ihre Anordnungen in Bezug auf Deutschland, mit dem sie auf Grund wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Handelsbeziehungen eintreten will, von denen die Lage Europas nur gewinnen kann, nicht ändern.

Als die französische Regierung am 4. April ihren Vertretern im Ausland ihre Beschlüsse mitteilte, bat sie sie, wissen zu lassen, daß sie keinem feindlichen Gedanken Deutschland gegenüber gehorche. Deutschland wünsche bald wieder die normalen Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage wirtschaftlichen Übereinkommens zu haben. Sie fügte bei, daß jede Anregung, die in diesem Sinne unternommen würde, bei ihr den günstigsten Empfang finden würde, und machte die Mitteilung, daß unter gewissen Umständen die Einleitung dazu von Frankreich ausgehen könnte.

## Der Zwischenfall in Frankfurt.

Ueber die Vorgänge von gestern nachmittag berichten die „Frankf. Nachrichten“:

Eine dicke Menschenmenge belagerte den von Marokkanern besetzten Schillerplatz. Aus bisher nicht aufgeklärter Ursache gaben die schwarzen Truppen Feuer auf die Menge ab. Mehrere Personen stürzten tot zusammen, während eine Anzahl verletzt wurde. Nach wenigen Minuten umringte wiederum eine undurchdringliche Menschenmenge den Platz und erging sich in Verwünschungen. Inzwischen erschien der Polizeipräsident und ließ sich von den Offizieren die Einzelheiten erläutern. Als der Polizeipräsident mit einem französischen Offizier sein Auto besteigen wollte, drängte die Menge an den Wagen heran, dem noch Steine und dergleichen nachgeworfen wurden. Inzwischen hatte man in den verschiedenen Räumen die französischen Truppen alarmiert, die in dichten Zügen anrückten und die Hauptwache besetzten. Panzer-Autos fuhren auf. Maschinengewehre wurden an den Straßenenden aufgestellt, doch unbekümmert um die Todesgefahr durchwogte die Menge die Straße von der Hauptwache bis vor den Frankfurter Hof. Auch vor dem Hauptbahnhof spielten sich erregte Ausritte zwischen dem Publikum und den Truppen ab. Es konnte hier ein Blutvergießen verhindert werden. Einige Zivilisten wurden verhaftet. Von 2 Uhr mittags an verfahren zahlreiche Hilfspolizisten mit umgehängten Gewehren im Verein mit den Franzosen den Sicherheitsdienst. An den Hauptverkehrs Punkten wurden verstärkte Wachen aufgestellt.

In Frankfurt war mittags das Gerücht verbreitet, Wilson habe an Frankreich die Aufforderung gerichtet, die besetzten Städte sofort wieder zu räumen. So entstand die Meinung, daß die Franzosen alsbald wieder

abziehen werden, was die Erregung in der Bevölkerung noch steigerte und zu Gefühlsausbrüchen führte, aus denen sich der bedauerliche Zwischenfall ergab.

Den französischen Truppen werden von der Kommandobehörde Tagessolde von 30 bis 35 Mark ausbezahlt. Die französische Zivilbehörde forderte von dem Magistrat in Frankfurt für 230 Offiziere bzw. Offiziersfamilien Väterquartiere, was darauf schließen läßt, daß sich der Franzosenbesuch auf längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

Der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident fordern in Maueranschlägen die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben beim Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, General Degoutte in Mainz Verwahrung eingelegt gegen die dem Friedenszustand widersprechende Besetzung der Stadt Frankfurt.

Den Zeitungen ist das Erscheinen für heute früh wieder gestattet unter der Voraussetzung, daß sie die gestrigen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten auf der Titelseite bringen. Die Redakteure sind jedoch für jeden „Separatfall“ und für jede falsche Nachricht verantwortlich. Für Zuwiderhandlungen sind hohe Geldstrafen evtl. Inhaftnahme der betreffenden Redakteure vorgesehen. Der Verein Frankfurter Presse bezeichnet in einer Erklärung den gegenwärtigen Zustand Frankfurts als einen Bruch des Friedensvertrags und lehnt es unter diesen Umständen ab, am Erscheinen der Zeitungen redaktionell mitzuwirken.

General Demey erklärte dem Vertreter eines Schweizer Blatts: „Deutschland hat trotz aller Mahnungen mit dem Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet den Friedensvertrag in der schwersten Weise verletzt. Aber die Einwohner von Frankfurt brauchen keine Befürchtungen zu hegen, vorausgesetzt, daß sie sich ruhig verhalten und den Befehlen nachkommen, die ich überall anhängen ließ. Die Einwohnerwehr werde ich auf keinen Fall hier dulden. Hier befehlt nur einer.“

## Verhandlungen mit dem Verband.

Berlin, 8. April. Nach dem „Berl. Tageblatt“ ist die Reichsregierung mit dem Verband in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des Augustabkommens über die Truppenhaltung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, noch mehrere Monate eine starke Polizeitruppe dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu belassen, begründet. Das ursprüngliche Abkommen, eine von Foch unterzeichnete Note vom 6. August, die auf deutsche Vorstellungen erfolgte, hat bis 10. April 1920 eine Militärmacht in der Stärke von 20 Bataillonen, 2 Batterien und 10 Eskadronen für die neutrale Zone zugebilligt.

Paris, 8. April. In der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz verlas der Vorsitzende eine Note der französischen Regierung, in der sie von der Besetzung deutscher Städte Mitteilung macht. (Frankreich hat also die Besetzung auf eigene Faust unternommen.)

Rom, 8. April. Ministerpräsident Nitti erklärte dem deutschen Vertreter, Italien betrachte den Aufruf im Ruhrgebiet als eine innere deutsche Angelegenheit und es wünsche eine baldige Erledigung ohne Verwicklungen, die für ganz Europa schädlich sein würden.

Brüssel, 8. April. Wie die Zeitungen melden, beabsichtigt Belgien keine militärische Einmischung in Deutschland; die Truppenbestände im besetzten Gebiet sind aber verstärkt worden.

Berlin, 8. April. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Kopenhagen gemeldet wird, hat Wilson an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahr aufmerksam macht, die das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs für den Verband und für Europa bedeute.

## Neues vom Tage.

### Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 8. April. Die Regierung ist mit der Einberufung der Nationalversammlung auf Samstag einverstanden. Präsident Fehrenbach hat die Einberufung bereits vollzogen.

### Verbot der Einwohnerwehr.

**Berlin, 7. April.** General Nolet, der Vorsitzende der feindlichen Ueberwachungskommission, hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt: Es ist bemerkt worden, von dem Datum des 10. April 1920 für die Auflösung der Reichswehr freiwilligen. — Was die Einwohnerwehren anlangt, so legt die Kommission fest: Die Einwohnerwehren können, trotzdem sie sich mit dem Charakter als rein zivile Organisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestattet werden, welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, da ihre Bewaffnung, ihre Eingliederung und Stärke unbefristet eine Mobilisation begünstigen, die durch den Friedensvertrag verboten ist und da die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 156, 166, 175, 177 und 178 des Friedensvertrags stehen. Die Note sagt dann weiter, daß der 10. April 1920 als äußerste Grenze für die Ausführung der Entscheidung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

**Essen, 7. April.** Heute erfolgte der Einzug der Truppen ohne jeden Zwischenfall.

### Kein Ablieferungsstreik.

**Neustadt a. S., 7. April.** Die Verhandlungen der pfälzischen Kreisregierung mit den Landwirten haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Forderungen der Landwirte grobenteils anerkannt wurden. Die Landwirte sehen deshalb von dem Lieferungsstreik ab.

**Bern, 7. April.** Die Schweizer Presse urteilt über den französischen Vormarsch im allgemeinen dahin, daß die Rechtslage angesichts der §§ 42 bis 44 klar sei, daß es aber andererseits ebenso klar sei, daß der deutsche Einmarsch in das Ruhrgebiet mit einem eventuellen Aufmarsch gegen Frankreich nichts zu tun habe. — Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, in Paris fürchte man, daß die verbündeten Mächte sich durch die Beweise der französischen Regierung nicht umstimmen lassen werden.

**Amsterdam, 7. April.** „Telegraaf“ meldet, die Urteile der Presse in den verbündeten Ländern über den französischen Einmarsch in Deutschland seien geteilt. Die Haltung der Verbündeten selbst sei noch nicht klar.

**Washington, 7. April.** Der französische Botschafter überreichte am Montag eine Note, in der um eine Meinungsäußerung der Regierung der Vereinigten Staaten zu der Besetzung deutscher Städte gebeten wird. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Regierung sich zu der Sache äußert, sie wird vielmehr vorerst rein beobachtend bleiben.

### Die angebliche Verschwörung in Bayern.

**München, 7. April.** Die sozialdemokratische „Münchener Post“ behauptet, der Sturz der sozialdemokratischen Regierung in Bayern am 14. März sei auf eine militärisch-monarchistische Verschwörung zurückzuführen, an der vor allem der Christliche Bauernbund unter Dr. Heim und eine Reihe von Offizieren beteiligt gewesen sei. Auch zwei österreichische Staatsräte haben an den Vorbereitungen teilgenommen. — Das Reichswehrtruppenkommando IV stellt demgegenüber fest, daß die Reichswehr in Bayern fest geblieben sei und sich keiner gesetzwidrigen Handlung schuldig gemacht habe.

### Flensburg bleibt deutsch.

**Kopenhagen, 7. April.** „Politiken“ meldet aus Flensburg, der Bericht der internationalen Kommission über die neue Grenze zwischen Dänemark und Deutschland sei fertiggestellt und werde dem Obersten Rat in Paris vorgelegt. Die Kommission habe sich nicht von den politischen Ereignissen in Dänemark beeinflussen lassen. Sie wird die Grenze nach den klaren Worten des Versailler Vertrags festsetzen und ausschließlich nach dem Grundsatz der Volksabstimmung bei entsprechender Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse der neuen Grenzlinie.

### Clemenceau erkrankt.

**Kairo, 7. April.** (Havas.) Seit seiner Rückkehr aus Luxor leidet Clemenceau an Luftströmungsstörung. Es geht ihm jetzt etwas besser, doch ist er körperlich sehr schwach, sodaß sein Befinden Anlaß zu Besorgnissen gibt.

### Staudrecht in Südungarn.

**Budapest, 4. April.** Nach einem Bericht der „Nenzi Ujag“ veranfaßte die Arbeiterschaft und Beamtenschaft von Maria-Theresienopol und Umgebung in den jüngsten Tagen gewaltige Kundgebungen, worauf die Serben weitere Truppen in das Gebiet abtandten. Wegen die Volksmenge aufgebotenes Militär habe den Gehorsam verweigert, worauf die Serben in ganz Süd-Ungarn das Staudrecht verhängten.

### Die litauische Verfassung.

**Kopenhagen, 7. April.** „Berlingske Tidende“ meldet aus Kowno: Der Entwurf einer Verfassung für den litauischen Staat ist ausgearbeitet. Der Staat wird eine demokratische Republik mit einem Präsidenten als Oberhaupt werden. Das Parlament wird aus einer Kammer bestehen.

### General Romanowski ermordet.

**Konstantinopel, 3. April.** (Verspätet eingetroffen.) General Denikin ist in Begleitung des Generals Romanowski von der Krim kommend hier eingetroffen. Als Romanowski sich zur russischen Botschaft begeben wollte, feuerte ein Unbekannter mehrere Schüsse auf ihn ab und tötete ihn auf der Stelle. Man glaubt, daß es sich um ein politisches Verbrechen handle, da der General vielfach für die Rückschläge der Armee Denikins verantwortlich gemacht wurde. Der Verbrecher konnte nicht festgenommen werden. Die britischen Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

### Die Japaner in Wladiwostok.

**Newyork, 7. April.** Japanische Truppen haben die Bolschewiken, die sich in Wladiwostok festgesetzt hatten, angegriffen und nach achtstündigem blutigem Kampf die Stadt genommen.

**London, 7. April.** Vom 12. ds. Mts. erhalten die in Großbritannien ankommenden Fremden eine Aufenthaltbewilligung von zwei Monaten statt einem Monat.

### Zusammenstöße in Frankfurt.

**Frankfurt a. M., 7. April.** Heute ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu bedauerlichen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den französischen Besatzungstruppen gekommen. Nach einer Mitteilung der Rettungswache sind dabei 5 Personen getötet und 35 verwundet worden.

Die Franzosen machen die Räumung der Stadt Frankfurt nicht nur von der Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Ruhrgebiet, sondern auch davon abhängig, daß der „vertragsmäßige Zustand“ in vollem Umfang hergestellt, daß die Einwohnerwehr aufgelöst werde usw. (Es war von vornherein klar, daß die Anwesenheit der Reichswehr in der neutralen Zone nur ein schlechter Vorwand für die schon lange ins Auge gefaßte Besetzung der wichtigen rechtsrheinischen Städte sei. Wenn man die Franzosen wieder hinausbringt, ist eine offene Frage, denn das berüchtigte „Protokoll“ gibt ihnen immer wieder Vorwände. D. Schr.)

### Die Aufgaben des Reichswehrministers.

**Berlin, 7. April.** Reichswehrminister Gester führte Vertretern der Presse gegenüber u. a. folgendes aus: Als meine Hauptaufgabe sehe ich es an, die Truppen in Garnison zu bringen, damit der Kleinkrieg, der hier und da im Reich sich entwickelt hat, endgültig aufhört. Der Belagerungszustand soll, soweit irgend möglich, vollständig aufgehoben werden. Für den größten Teil Deutschlands sieht die Aufhebung in den nächsten Tagen bevor. Außerdem muß dafür gesorgt werden, daß die vorliegende Gewalt auf besondere zivile Kommissare übergeht. Die Versammlungs-, Press- und Schulpflichtrechte liegen dann in Zukunft in den Händen der zivilen Verwaltung.

Was die augenblickliche Lage anbelangt, so muß zwischen Heer und Marine unterschieden werden. Bei der Marine ist die Lage so, daß weder in Kiel, noch in Wilhelmshaven irgendwelche Offiziere Dienst tun. In Wilhelmshaven sind die Offiziere in Schulpflicht genommen worden. Sie haben sich an das Reichsmilitärgericht gewandt und dieses hat die Aufhebung der Schulpflicht verfügt. Das Reichswehrministerium kann nur vorläufige

Enthebungen und Dienstaufhebungen durchführen. Es ist bekannt, daß bereits eine große Anzahl solcher vorläufiger Dienstenthebungen vorgenommen wurde. Im Reichswehrministerium ist zur Beschleunigung der Untersuchung eine besondere Kommission gebildet worden, der in den nächsten Tagen ein besonderer parlamentarischer Unterstaatssekretär beigegeben wird. Er habe den bestimmten Befehl gegeben, die Marinebrigade Erhard nach einem isolierten Übungsplatz abzutransportieren.

**Berlin, 7. April.** Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist noch nichts davon bekannt, daß die Nationalversammlung am Samstag zusammentritt.

**Berlin, 7. April.** Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Landsberg (Soz.), wird hier erwartet. Wie verlautet, soll mit ihm über die Uebernahme des auswärtigen Amtes verhandelt werden.

### Propaganda für den Völkerbund.

**London, 7. April.** Die Blätter veröffentlichen einen von Grey, Lloyd George, Beatty, Asquith, Oberst Cecil, Clives, Gough unterzeichneten Brief, der zur Ausbringung einer Summe von einer Million Pfund Sterling auffordert, um weite Kreise über den Völkerbund zu belehren.

**Stuttgart, 7. April.** (Abstimmung über den Generalstreik.) Bei der heutigen Abstimmung über den Generalstreik ergab sich in vielen Betrieben eine starke Mehrheit gegen den Generalstreik. Das Ergebnis aus den großen Betrieben liegt noch nicht vor.

**Stuttgart, 7. April.** (Der Baukunst.) Als Vertreter des Baukunstzweigs im Beirat der Baugewerkschule wurden Architekt Hausler-Ludwigsburg und als Stellvertreter Regierungsbaumeister Dollinger gewählt.

**Stuttgart, 7. April.** (Einbruch.) In einem Haus der Staffenbergstraße wurde am 31. März ein schwerer Einbruch verübt. Schmuck- und Silbergegenstände, Wäsche und anderes im Wert von 10000 Mark wurden gestohlen. Als Täter wurden nun der Pader Alfred Salm, der Kaufmann Max Lugart von Tübingen und der „Humorist“ Julius Lauster von Münster durch die Kriminalpolizei verhaftet.

**Leinberg, 7. April.** (Einbrecher.) Am Osterfest wurden im Schloß Obermünsterheim zwei Einbrecher dingfest gemacht. In der andern Nacht brachen sie aus dem Ortsarrest aus und ließen Mantel und Teppiche des Amtsdieners mitlaufen.

— **Ernährungsfragen.** Von zutüchtiger Seite wird uns geschrieben, daß die Lage der Volksernährung sehr ernst zu nehmen sei. Die Hoffnung, daß Lebensmittel in größerem Umfang vom Ausland zu beschaffen sein werden, hat sich wegen der Valuta nicht erfüllt. Umso dringender muß darauf gedrungen werden, daß die Erzeuger verfügbare Vorräte der Allgemeinheit zuführen und sie nicht um der höheren Preise willen den Schleichhändlern und Händlern überlassen und dadurch diese Schädlinge fördern. Wenn heute noch in Bädereien und Konditoreien keine Backwaren hergestellt, wenn in Regenerien und Wirtschaften Fleischwaren ohne Marken abgegeben werden, so bedeutet das ein Verbrechen am Volk. An behördlichen Maßnahmen fehlt es nicht, aber sie bleiben meist wirkungslos, wenn nicht die gutbetimmten Kreise der Bevölkerung tatkräftig mitwirken.

### Württemberg.

**Stuttgart, 7. April.** (Zum Uebergang der Post und Eisenbahn an das Reich.) Der auf 1. April in Aussicht genommene Uebergang der württ. Eisenbahn und Post an das Reich ist noch nicht verwirklicht worden, weil die Staatsverträge württ. Landtag, nicht aber von der Nationalversammlung angenommen sind. Die lebenslänglich angestellten württ. Verkehrsbeamten haben das Recht, im württ. Staatsdienst weiter beschäftigt zu werden, wenn ihnen die Uebernahmebedingungen nicht zuzagen.

**Stuttgart, 7. April.** (Der Landwirtschaftl. Hauptverband gegen Zwangsmaßnahmen der Regierung.) Der Landwirtschaftl. Hauptverband hat sich an das Ernährungsministerium gewandt und gegen

## Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

5

Trotzdem nimmt er sich eines Tages — sein Pflanzling mag nach seiner Schätzung etwa siebzehn Jahre alt sein — vor, ein ernstes Wort in der Sache mit ihr zu reden. Anton erklärte ihm gestern feuszend, lesen und schreiben und etwas Rechnen könne die wilde Hummel nur glücklich; viel mehr aber sei beim besten Willen nicht in ihren Kopf hineinzubringen. Bei jedem Mehrfach werde sie nach der ersten Viertelstunde mühseligen Aufpassens zerstreut, und nach einer halben Stunde renne sie davon. Es habe deshalb keinen Zweck, sie weiter zu quälen.

Nachdenklich blickt Karl Heinzius der schlanken und doch vollen Mädchengestalt nach, wie sie — heute einmal ausnahmsweise ohne ihren treuen Begleiter, das wilde Pferdchen — zu Fuß mit der ihr eigenen stolzen Grazie die Reihe der Blechhäuser entlang schreitet — vorbei an einer Herde glöckiger Ochsen, einem Schwarm a:streichender Hühner, einem Rudel grunzender Schweine — und in dem kleinen, die Anstiedelung begrenzenden Palmenwald verschwindet.

Langsam folgt er ihr.

Die Umgebung von Büffel-Goldfeld ist eine Oase inmitten der tiefen Sandwüste. Überall hochragende Palmen mit breitgezackten Blättern, aromatisch duftende Balsam- und Mangobäume. Oder dicke Trauerweiden mit ihrem melancholisch herabhängenden Gezweig. Zwischen grotesken Kakusgestrüpp glänzendes Buschwerk und grelleuchtende Blumenpracht. Hier und da eine feichte grünlichgelbe

Pflanze, an der große, braune Käfer, in langen Herden nach Art unserer Ameisen, vorüberziehen.

Senkrecht brennt die Sonne hernieder. Kein Lüftchen bewegt das dürstende Blattwerk.

Heißes Drauzickel über der ganzen Natur.

Nach links und rechts ausschend schreitet Karl Heinzius gemächlich weiter.

Nirgends etwas zu sehen von der Gesuchten.

Endlich schimmert ihm ein weißes Kleid hinter dunklem Buschwerk entgegen. Unwillkürlich beschleunigt er seine Schritte.

Lang ausgestreckt, die schmalen Hände unter dem Kopf gefaltet, ruht die wilde Hummel im Schatten eines Mangobaumes — den breitkrempigen Strohhut tief über die Augen gezogen, zum Schutz gegen die stehende Sonne, die ihre Strahlenpeile selbst durch das dicke Blättergewirr hindurchschleift. Zwischen den halbgeöffneten Lippen blitzen blendendweiß die kleinen Zähne hervor.

Ein freudiges Leuchten huscht bei diesem liebreizenden Anblick über das Gesicht des Mannes, die derben Hüfte selbstsam verschöndert.

Schläft sie? Oder träumt sie nur mit wachen Augen?

Jetzt muß sie den Lanticher bemerkt haben. Denn mit einem Sah springt sie auf, wirft die fliegenden Locken hin- und schlingt mit einem Freudenruf die Arme um seinen Hals — so stürmisch, daß sein graues Schlabhu zu Boden rollt.

„Karl! Lieber Karl! Ich dachte gerade an Dich!“

Heiße Rote steigt dem Mann in die gebräunte Stirn fast unsant schließt er das Mädchen von sich.

„Aber Hummelchen!“

Was denn! Sieh nur nicht so grünlich ernst aus!

„Puh! Man könnte sich ja vor Tia fürchten, wenn —“

und schon wieder lacht das reizende Schelmengesichtchen — „wenn man Dich nicht so rasend lieb hätte!“

Und wieder will sie sich an ihn hängen.

Er jedoch wehrt ernst ob und faßt sie mit der Miene eines strengen Mentors bei der Hand.

„Nimm mal allen Ernst, der in Deinem Kindskopf steck, zusammen, Hummelchen! Ich hab' mit Dir zu reden.“

Bei diesem ungewohnt schroffen Ton macht sie ein Schmolzmäutchen. Dann blüht sie sich, hebt Karls Schlapphut auf und stülpt ihn sich auf das goldgleuchtende braune Lockengewirr, Karl von unten herauf neugierig andlinzelnd.

„Na, dann mal los!“

Wider Willen muß er lachen über die drollige Miene, mit der das reizende Gesicht unter der viel zu breiten Hutkrempe hervorlugt. Wie schwer wird es ihm in strengem Schulmeisterston zu reden mit diesem Naturkinde, das ihm ans Herz gewachsen ist, als wäre es sein eigen Fleisch und Blut!

Ja, nicht nur das! Noch mehr! Weit mehr! Bei jener kindlich unschuldigen Liebesung vorhin war es dem wetherharten Mann plötzlich klar geworden — es ist noch etwas anderes, das ihn zu dem liebreizenden Mädchen hingieht. Etwas, das er in seinem Innern fest verschlossen wählte und das er auch ferner mit Aufbietem aller Kraft unterdrücken will.

„Hummelchen!“ beginnt er deshalb in demselben strengem Ton. „Du bist kein Kind mehr!“

„Nicht? Warum denn nicht?“ fragt sie naiv und hascht mit einem dahergauleitenden grellfarbigen Schmetterling, der, schußfugend, rasch seine schillernden Flü-



das Vorgehen der Regierung gegenüber sämtlichen Gemein- den bei der Ablieferung von Milch und Eiern Protest ein- gelegt. Es werden zugleich Gegenmaßregeln an- gedroht, wenn die Regierung noch einmal dem Drän- gen der Arbeiterschaft folgen sollte, und eine Ortschaft, die ihrer Lieferungsfrist nicht nachkommt, militärisch bestraft. Bezüglich der Eierablieferung wird ge- sagt, daß die Regierung die Kleinlichen Strafen, die wie fortwährende Nadelstiche auf die Landwirte wirken, be- züglich ist, zumal die Nachbarstaaten Württembergs weitherziger und entgegenkommender verfahren. Zugleich wird angekündigt, mit der Masse der Landwirte die Auf- hebung dieser Eierstrafen zu erzwingen.

**Stuttgart, 7. April.** (Aus dem Parteileben.) Im Friedrichsbau fand am Dienstag nachmittag eine von der Deutsch-demokratischen Partei veranstaltete Versamm- lung von Handwerksmeistern aus dem Lande statt. Abg. Hermann-Neulingen sprach über die Handwerkerpoli- tik der Partei in der Nationalversammlung, die aller- dings keine große positive Förderung von Gewerbe und Handel herbeiführen können, da die Gesetzgebung in erster Linie sozial gerichtet war, wie aus den Besetzen über den Achtstundentag, die Betriebsräte usw. hervorgeht. Die Demokratie halte fest an der Eigenwirtschaft. Die Zwangswirtschaft sei nicht ohne weiteres abzuschaffen. Das gewerbliche Genossenschaftswesen müsse gefördert werden. Die Einzelwirtschaft habe in erster Linie im Inter- esse der Gesamtheit zu arbeiten. Abg. Henne-Tübingen trat für Geschlossenheit des Handwerks ein. Die Ausführungen der Redner wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Stuttgart, 7. April.** (Vorträge über Spar- bau.) Vorträge über Erspar- und Sparbau, insbesondere über Lehmbau, finden im Festsaal der Baugewerk- schule am 13., 15. und 17. April, abends von 8-9 1/2 Uhr statt. Im Anschluß daran werden dreitägige Tages- kurse über Sparbauweisen und Lehmbauverfahren in Stuttgart abgehalten. Auswärts wohnende Interessenten können die Vorträge von der Beratungsstelle für das Baugewerbe, Kanzeistraße 34, zum Selbstkostenpreis be- ziehen.

**Stuttgart, 7. April.** (Vom Tage.) Am Oster- montag stürzte sich eine 45 Jahre alte Frau aus einem Fenster ihrer Wohnung im dritten Stock eines Hauses in der Alexanderstraße. Die Frau war sofort tot. — In Cannstatt wurde ein 58jähriger lediger Wein- gärtner in der Hallstraße tot im Bett gefunden. Er hatte am Abend vorher versäumt, den Gashahn zu schließen.

**Stuttgart, 7. April.** (Lebensmüde.) Am Oster- montag stürzte sich eine 45 Jahre alte Frau in der Alexanderstraße vom dritten Stock auf die Straße und war sofort tot. Die Tat scheint aus Schwermut began- gen worden zu sein.

**Sindelfingen, 7. April.** (Betriebsratswahl.) In den hiesigen Daimlerwerken wurden bei den Betriebs- ratswahlen Stimmen abgegeben: Soz. Partei 20 (2 Stg.), Unabhängige und Kommunisten 815 (5). Beiden Listen fiel je ein Stg im Arbeiterrat zu. Auf die freigewerks- schaftlichen Angestellten fielen 5 Angestelltenräte (darunter die 2 Betriebsangestellten), auf eine besondere Fachgruppe 1 Rat.

**Laupheim, 7. April.** (Teure Gänsechen.) Der erste heutige Gänsemarkt wurde in Verbindung mit dem Ostermarkt abgehalten. Für die sog. „Hübtele“, die früher von 20 Pfg. an das Stück zu haben waren, wurden bis zu 36 Mk. das Stück bezahlt. Die Tierlein sind erst wenige Tage alt.

**Altmannshofen, 7. April.** (Diebstahl.) Im Sägewerk Hemmerich wurde der Haupttreibriemen 22 Meter lang, 42 Zm. breit im Wert von 25-30 000 Mk. gestohlen. Dadurch sind die Arbeiter auf mehrere Wochen arbeitslos geworden.

**Ödorf, 7. April.** (Ein böser Osterbesuch.) Als am Ostermontag eine hiesige Familie vom Gottesdienst heimkehrte, war in der Wohnung eingebrochen. Der Einbrecher hatte etwa 700 Mk. Bargeld, Kleider und sonstige Sachen, auch das im Kraut liegende Fleisch gestohlen. Auf dem Heuboden fand man seinen alten Koffer, in dessen Taschen sich zwei Liebesbriefe mit der Adresse einer übel beleumundeten Persönlichkeit befand.

den. Der Landjäger fand den Verdachten aber nicht mehr vor.

**Dinstetten, 7. April.** (Neue Industrie.) Den größten Saal hiesiger Gemeinde, den Gasthof zum Ochsen, hat die Firma Koster und Bosh gekauft, um darin eine Zweigfabrikation ihrer Werkzeugfabrik zu eröffnen. Der Kaufpreis beträgt 85 000 Mk.

**Affellingen, 7. April.** (Eigenartiger Unfall.) Hier wurde einer Kuh, die im Stall neben einem Pferd stand, von diesem die Zungenstange abgebißen, so daß die Kuh geschlachtet werden mußte.

**Neresheim, 7. April.** (Rückständige Abliefe- rung.) Nach einer Veröffentlichung des Oberamts sind von 33 Gemeinden des Bezirks 31 mit der Getreide- lieferung, und zwar mit 7303 Doppelzentner Brotsfrucht und 3979 Doppelztr. Gerste im Rückstand. Das Ge- treide ist wohl verschoben und gehamstert worden.

**Vom Bodensee, 7. April.** (Vermißt.) Seit 27. Dezember 1919 ist die 19jährige Tochter des Postsekre- tär Schilfarth in Lindau verschwunden. Man vermutet, daß sie von einem Mädchenhändler entführt worden ist.

**Sigmaringen, 7. April.** (Gerichtet.) In ei- nem Streit wurde ein jugendlicher Bursche von einem hiesigen Waldarbeiter am Palmsonntag in der Herberge erschossen. Wie sich herausstellte, war der Getötete schon einige Zeit wegen zweifachen Mords gesucht.

Im Uebergangslager auf dem Heuberg waren viele Schuhe gestohlen worden. Beim hiesigen Schützenwirt wurde nun ein großer Teil davon gefunden. Der Wirt und vier andere Personen sind verhaftet.

## Baden.

### Die ernste Lage der Brotversorgung.

**Karlsruhe, 7. April.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Lage unserer Brotversorgung ist überaus ernst. Die Reichsgetreidestelle hat zwar die badischen Bedarfsverbände für das erste Drittel der laufenden Versorgungsperiode (15. März bis 15. April 1920) noch nahezu voll mit Mehl beliefert, doch vermag sie nicht zu überblicken, wie die Belieferung für den Rest der Versorgungsperiode, d. i. bis zum 15. April, durch- geführt werden kann. Die Geschäftsabteilung der Reichs- getreidestelle ist bemüht, ihr möglichste nach dieser Rich- tung hin zu tun und hat auch schon für die badischen Bedarfsverbände Verausgabung von Maismehl und Mais- gries veranlaßt und auch Mehl zugewiesen. Da jedoch mit der rechtzeitigen Anlieferung dieses letzteren, — es kommt aus östlichen Bezirken des deutschen Reichs, — nicht mit Sicherheit zu rechnen ist, ist die Regierung ge- nötigt, auf die Bestände der 16 badischen selbstwirtschaf- tenden Kommunalverbände, die teilweise bis zur neuen Ernte eingedeckt sind, zu greifen. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Getreide nur badischen Bedarfsverbän- den, den Städten und Industriebezirken im Besonderen, zugewiesen wird, und es ist selbstverständlich, daß für rechtzeitige Versorgung der selbstwirtschafenden Kom- munalverbände, falls sie durch die Abgabe zuschussbedürftig werden sollten, Sorge getragen wird.

Um die Brotversorgung des Landes sicherzustellen, ist ferner die Ration der Selbstversorger von 12 Kilogramm Brotgetreide und 5 Kilogramm Gerste für den Kopf und Monat auf 9 Kg. Brotgetreide und 3 Kg. Gerste herab- gesetzt worden. Ein Teil der Kommunalverbände hat diese letztere Maßnahme in richtiger Erkenntnis der Not- laue bereits von sich auch getroffen und die Regierung hat mit Befriedigung aus zahlreichen Entschuldigun- gen der Landwirtschaft entnommen, daß sie der Lage volles Verständnis entgegenbringt. Sie ist überzeugt, daß sie bei Durchführung der nur aus der Not unseres Lan- des heraus getroffenen Anordnungen die Unterstützung der gesamten Landwirtschaft finde.

**Karlsruhe, 7. April.** Der Minister des Innern, Dietrich, hat einen mehrwöchigen Erholungsurlaub an-

getreten, den er in einem Schwarzwalddort zubringt.

**Karlsruhe, 7. April.** In Warlanden erpressten zwei Unbekannte unter Vorhalten eines Revolvers von einem Schreinermeister den Betrag von 8000 Mark. — Aus dem Rheinhafen wurde die Leiche einer unbekannt 20 bis 24jährigen Frau in der Leiche gezogen. Die Leiche hat etwa 14 Tage lang im Wasser gelegen.

**Karlsruhe, 7. April.** Die sozialdem. Partei Deutsch- lands, Bezirksverband Baden, hält am 25. April einen außerordentlichen Parteitag im Eintracht-Saal hier ab. Reichstagsabg. Beck-Mannheim wird über die bevorstehen- den Reichstagswahlen sprechen, Stadtrat G. Strobel- heim über die Kandidatenaufstellung und Wahlarbeit.

**Pforzheim, 7. April.** Die Polizei verhaftete zwei Kirchendiebe, die versuchten, einen Postkoffer zu ver- kaufen, den sie aus der Kirche in Oberpfälzingen bei einem Einbruch gestohlen hatten.

**Etlingen, 7. April.** Der Osterverkehr ins Alb- tal war ganz außerordentlich schwach. Die Albtalbahn hatte lange Sonderzüge auf der Strecke nach Herren- eingelassen, es fehlte aber an Reisenden, die nicht nur die schlechte Witterung, sondern auch die horrenden Fahr- preise abgeschreckt hatten.

**Baden-Baden, 7. April.** Die Einbrecher, die aus einem hiesigen Gold- und Uhrengeschäft Waren im Wert von 30 000 Mk. stahlen, sind in Karlsruhe verhaftet worden. Die gestohlenen Waren konnten zum großen Teil wieder beigebracht werden.

**Waldshut, 7. April.** Der Wehrmann Josef Held war als gefallen gemeldet. Wie der „Altbote“ meldet, befand sich beim letzten hier durchfahrenden Gefangenentransport ein Heimkehrer, der mitteilte, Held sei nicht tot, sondern würde nach Verbüßung einer Strafe bald aus der Gefangenschaft zurückkehren. Leider vergaß man nach dem Namen des Kriegers zu fragen, der diese Mit- teilung gemacht hat. Man hofft, daß er sich noch mel- den wird, damit das Schicksal des Held aufgeklärt werden kann.

**Offenburg, 7. April.** Der Antrag von Arbeiteraus- schüssen einiger hiesiger großer Werke, die Unternehmer für verpflichtet zu erklären, den Lohnausfall am Tag des Generalstreiks, 16. März, zu bezahlen, wurde vom hie- sigen Schlichtungsausschuß als nicht berechtigt erklärt.

**Freiburg, 7. April.** Auf den Schwarzwaldbergen herrschten während der Ostertage Schneestürme. Die Ber- ge sind bis auf 800 Meter herab verschneit. Auf dem Belchen und dem Feldberge soll die Schneedecke über einen Meter hoch sein. Der Touristenverkehr war wäh- rend der Ostertage schwach.

**Nadolzell, 7. April.** In einer Versammlung des Oberbadischen Milchereiverbandes wurde mitgeteilt, daß die bad. Milchwirtschaft an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und stark im Rückgang begriffen sei. An das Ministerium des Innern wurde fol- gende Entschlieung gerichtet: Abschaffung des Prämien- wesens für Milch; Beibehaltung des Zuschlags für die Milchgenossenschaften von 2 Pfennig für den Liter; Fest- setzung folgender Einheitspreise für ganz Baden ab Er- zeugungsort: Vollmilch 1.20 Mk., Mager- und Butter- milch 60 Pfg. pro Liter, Molkereibutter 12 Mk. und Landbutter 10.50 Mk. für das Pfund. Ferner wurde verlangt, daß alle drei Monate eine Preisprüfung der Milch und Milchereizugnisse und eine Verbilligung der Düngemittel aus Reichsmitteln erfolgt.

**Singen a. S., 7. April.** Wie die „Freiburger Volks- wacht“ mitteilt, hat die Wahl der revolutionären Be- triebsräte in Mannheim (die inzwischen wieder zur Ver- leidigung gekommen ist) auch in Oberbaden die Arbeiter- schaft beschäftigt. Agitatoren der Mannheimer revolutionä- ren Betriebsräte hielten in den oberbadischen Indus- trieorten Versammlungen ab und veruchten dabei die Arbeiterchaft zu Sympathiestreiks zu veranlassen. Die Bemühungen der Mannheimer Agitatoren waren aber erfolglos.

**Vom Bodensee, 7. April.** (Vermißt.) Seit 27. Dezember 1919 ist die 19jährige Tochter des Postsekre- tär Schilfarth in Lindau verschwunden. Man vermutet, daß sie von einem Mädchenhändler entführt worden ist.

gel zuklappt und sich wie ein herausgewechtes Blatt zu Boden fallen läßt.

Das kindlich frohe Spiel des Mädchens bewegt den rauhen Mann gar seltsam. Und da er auch nicht recht weiß, wie er das ungewohnte Thema fortsetzen soll, sagt er eine Weile gar nichts und schaut nur ihrem Treiben zu.

Dann aber pläzt er ganz unvermittelt heraus: „Bist Du eigentlich glücklich, Hummelchen?“ Verwundert guckt sie ihn an. „Nachtürlich bin ich glücklich! Warum denn nicht? Die Jungens sind ja alle so gut zu mir! Nur Du bist in letzter Zeit so — so —“

Sie stottert. Wieder steigt dem Mann das Blut zu Kopfe, wäh- rend ein besangener Ausdruck sich über seine Züge brei- tet, der fast komisch wirkt. „Mit mir bist Du nicht zufrieden?“ fragt er un- sicher, in dem vergeblichen Bemühen, seiner Stimme etwas Scherzendes zu geben.

Sie blinzelt ihn nachdenklich an. „Nur, ich weiß nicht recht —“

„Wie so?“ „Ich sehe Dich in letzter Zeit so wenig, Karl. Manch- mal ist mir fast, als meidest Du mich. Als hättest Du mich nicht mehr so lieb, wie früher. Hab' ich irgend etwas getan, was Dich ärgerte? Hab' ich Dein Miß- fallen?“

„Nimm, Hummelchen!“ unterbricht er sie hastig. „Ich bin jetzt sehr oft in Kapstadt.“

„Ich weiß. Du spielst dort, wie die andern Jun- gens auch!“ Er wendet sich ein wenig ab. Augenscheinlich finde sie in ihrer Harmlosigkeit und Weltunerfahrenheit nicht

Besonderes darin, daß er außer „Goldgräber“ auch „Spieler“ ist. Aber vor dem großen, fragenden Bild dieser unschuldigen Mädchenaugen kommt es ihm zum erstenmal so recht zum Bewußtsein, daß sein Gewerbe als „professioneller Spieler“ so manchem biederen Bre- mann in Kapstadt die schwerverdiennten Goldstücke durch Glücksspiel abknüpft, nicht das eleganteste ist; daß auch er eine für die Menschheit verlorene Existenz ist — gescheitert im Schiffbruch des Lebens.

Und er schämt sich. Schämt sich zum erstenmal seit langen, langen Jahren.

„Na —?“ macht sie und versetzt ihm einen kleinen Puff. „Du wolltest mir doch etwas fürchtbar Wich- tiges sagen!“

„Ach so, ja —!“ fährt er hastig empor. „Du mußt jetzt bald siebzehn Jahre alt sein, Hummelchen!“

„Wirklich? Na, und was weiter?“ lacht sie und steckt ihm eine bunte Papageienfeder ins Knopfloch, die sie vorhin im Sande gefunden hatte — mit schelmisch zur Seite geneigtem Köpfehen den Effekt studierend.

„Wie hübsch Du bist, Karl! Viel hübscher, als die anderen Jungens!“

Er lacht gezwungen. „Danke für das Kompliment! Aber —“

„Was — aber?“

„Warum willst Du denn durchaus nichts lernen?“

„Du meinst: bei Anton, wie? ... Wozu denn? ... Diese dumme Geographie und diese blödsinnige Weltge- schichte! Und gar erst die fremden Sprachen! ... Ob ich das alles weiß oder nicht, ist doch höchst egal! Ich kann reiten und schießen und —“

„Ja, ja!“ wehrt er ungeduldig ab. „Aber eine junge Dame muß mehr können!“

„Eine — junge Dame? ... Bin ich denn eine jung Dame?“

Ein Lächeln stiehlt sich über seine ersten Züge, bei dem drollig verblüfften Ausdruck ihres lieblichen Gesichtchens.

„Ich denke doch. Oder hältst Du Dich für einen jun- gen Mann?“

„Ach, nein! Leider! Sonst könnte ich auch Gold graben und trinken und spielen, wie ihr!“

Sie seufzt — eine Seltenheit bei ihrem ausgelas- senen Temperament — und sieht dabei so ehrlich be- trübt aus, daß Karl ganz warm ums Herz wird und er seine strenge Miene vergißt.

„Nicht traurig sein, Hummelchen! Du bist ja unser Sonnenschein! ... Aber siehst Du, ich bin doch Dein Pflegerater —“

„Wah, Vater! Dafür bist Du viel zu jung! Ein Vater muß doch alt sein — mit weißem Bart und achtköpfiger Haltung, wie der Anton —“

Doch er beachtet scheinbar ihren Einwurf nicht. „— Dein Pflegerater, der Dich nach besten Kräf- ten erziehen muß,“ fährt er ernst fort. „Wenn Dich über kurz oder lang irgend ein —“ mit einer großen Geste und humoristischem Augenzwinkern — „vornehmer Herr als Tochter reklamiert —“

„Der hätte sich längst gemeldet.“

„Oder es kommt jemand und will —“ er zögert ein wenig — „will — Dich zu seiner Frau machen? Wenn Du heiratest —“

